



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Deutschen Taxi- und Mietwagenverbandes e. V.**

1. Wird Ihre Partei an Betriebspflicht, Beförderungspflicht und Tarifpflicht festhalten, um die Verlässlichkeit der Personenbeförderung zu erhalten?

Verlässlichkeit des Taxis beruht auf den drei Säulen Betriebspflicht, Beförderungspflicht und Tarifpflicht. Wer eine dieser Säulen aufgibt, opfert zwangsläufig die Verlässlichkeit. Das Personenbeförderungsgesetz schreibt diese Säulen fest, bietet über Sondervereinbarungen aber bereits heute auch Flexibilität.

Antwort

CDU und CSU werden an Betriebs-, Beförderungs- und Tarifpflicht des Taxis festhalten. Auch bei einem modernisierten Rechtsrahmen für die Personenbeförderung muss der ÖPNV der Daseinsvorsorge gerecht werden, hier gehört das Taxi zwingend dazu.

2. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Umstellung auf Elektro-Taxis zu fördern?

Der elektrische Antrieb soll für Taxis zum Standard werden und unsere Städte sauberer machen. Dazu sind Lademöglichkeiten an und außerhalb von Taxiständen und innovative Fahrzeuge notwendig. Die Umstellung kann die Branche nicht alleine leisten. Hier sind öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Innovation notwendig.

Antwort

Unser Ziel für die Zukunft sind emissionsfreie Mobilitätslösungen. Wir wollen, dass Deutschland führend wird in der Produktion alternativer umweltfreundlicher Antriebe, wie der Elektromobilität. Neben dem Umweltbonus beim Kauf gibt es auch die Steuerfreiheit für Elektro-Fahrzeuge. Die Käufer von Elektroautos sind für zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Das Ziel, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität zu machen, bekräftigen wir. Deshalb werden die Investitionen in den flächendeckenden Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur deutlich erhöht. Mit der Förderrichtlinie Elektromobilität unterstützt das BMVI die Beschaffung von Elektrofahrzeugen mit dem Ziel der Erhöhung der Fahrzeugzahlen, insbesondere in kommunalen Flotten und der hierfür benötigten Ladeinfrastruktur. Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sind antragsberechtigt, sofern die Kommune bestätigt, dass die Maßnahme Teil eines kommunalen Elektromobilitätskonzeptes ist. Wir werden die staatlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern. Wir wollen die Umrüstung der Fuhrparks von

Behörden, Handwerksbetrieben und Taxiunternehmen, von Bussen und Bahnen energisch vorantreiben und fördern.

3. Wird ihre Partei Taxi-Sharing durch klare Regeln im Personenbeförderungsgesetz zum Durchbruch verhelfen?

Sammelfahrten im Taxi ermöglichen zuverlässige, umweltfreundliche und kostengünstige Mobilität. In Hamburg und anderen Orten sind Modellprojekte auf dem Weg. Das Personenbeförderungsgesetz sollte an die neuen Möglichkeiten angepasst werden und die Sammelbeförderung klar regeln. Dazu gehören Auftraggeber-Status, Festsetzung und Erhebung von Fahrtentgelten und Genehmigungspflicht.

Antwort

CDU und CSU werden die Modellprojekte sorgfältig auswerten. Die bisherigen Ergebnisse klingen vielversprechend. Mehrere Kunden können sich den Preis teilen, dazu muss jedoch noch eine praktikable Möglichkeit gefunden werden. Mit der mobilen Vernetzung werden auch moderne und intelligente Beförderungskonzepte wie die gemeinschaftliche Nutzung an Bedeutung gewinnen.

4. Was wird ihre Partei tun, um die mittelständisch organisierte Taxi-Branche vor Preisdumping und unfairer Konkurrenz zu schützen?

Die Taxi- und Mietwagen-Branche besteht aus 36.000 mittelständischen Unternehmen. Sie organisiert ihre digitale Fahrtvermittlung in Genossenschaften und bietet personalisierten Service und Fahrerbewertungen über eigene Apps. Finanzinvestoren wollen das Vermittlungsgeschäft übernehmen, ohne eigenen Mehrwert zu schaffen, und bedrohen damit unseren Mittelstand.

Antwort

Für CDU und CSU ist klar, dass gleiche Regeln für alle gelten müssen, die in der kommerziellen Personenbeförderung tätig sind. Deshalb wollen wir prüfen, welche gesetzlichen Regelungen geändert werden müssen, um diese neuen Beförderungsmodelle zu ermöglichen ohne den Wettbewerb zu verzerren. Wir sehen die Notwendigkeit, dass

Taxiangebote wesentlicher Bestandteil von internetbasierten Mobilitätsplattformen sein müssen, um attraktive verkehrsmittel-übergreifende Mobilität anbieten zu können.

5. Wird Ihre Partei die klare Trennung zwischen Taxi- und Mietwagenverkehr erhalten?

Für Mietwagen gilt weder Tarif- noch Betriebs- oder Beförderungspflicht. Im Gegenzug dürfen sie nicht wie Taxis überall im Stadtgebiet auf Kunden warten. Wer diese Unterscheidung abschafft, opfert zwangsläufig die Verlässlichkeit des Taxis. Die Abgrenzung wird heute durch die Rückkehrpflicht zum Betriebssitz erreicht. Wir sind offen für andere Lösungen. Aber die Abgrenzung ist notwendig, um einen funktionierenden Markt zu erhalten.

Antwort

CDU und CSU sprechen sich weiterhin für eine klare Abgrenzung zwischen Taxis und Mietwagen aus.

6. Wird sich Ihre Partei für die Einführung von Entgeltgrenzen für Mitfahrgelegenheiten einsetzen?

Mitfahren sollte einfach, unbürokratisch und genehmigungsfrei sein und deshalb klar von gewerblichen Dienstleistungen abgegrenzt werden. Die beste Lösung für die Abgrenzung ist die Einführung klarer Entgeltgrenzen für die Beförderung. Dafür könnten zum Beispiel die Fahrtkostenbeträge aus dem Steuerrecht übernommen werden. Eine Bagatellgrenze für Beförderungsdienstleistungen ist dagegen anfällig für Missbrauch und damit keine geeignete Lösung.

Antwort

Der BZP-Vorschlag einer rechtssicher definierten Abgrenzung von privatem Mitfahren und gewerblicher Beförderung durch fixe Entgeltgrenzen wird von uns unterstützt.